



Die Finanztransaktionssteuer

Wie sie funktioniert, was sie bringt

Die Besteuerung von Finanztransaktionen ist durch die Finanzkrise zu einem wichtigen Punkt auf der Reformagenda geworden. Nachdem sich Ex-Finanzminister Steinbrück und Kanzlerkandidat Steinmeier im Wahlkampf überraschend für eine Finanztransaktionssteuer (FTT) eingesetzt hatten, schloss Merkel sich ebenso überraschend dem Vorschlag an.

Mit Unterstützung von Sarkozy hat sie das Thema beim G20 Gipfel in Pittsburgh eingebracht. Ergebnis war immerhin, den IWF mit einem Bericht darüber zu beauftragen, wie *„der Finanzsektor einen fairen und substanziellen Beitrag für die Finanzierung der Lasten leisten könnte, die durch die Rettungspakete entstanden sind.“*

Politische Dynamik für die FTT

Bereits das \$700 Mrd. Rettungspaket der USA von 2008 enthält eine Klausel, wonach die Banken zur Zahlung einer Abgabe verpflichtet werden können, wenn es zu Ausfällen bei der Rückzahlungen der Rettungsgelder kommt. Während seines Wahlkampfs hat sich Obama in einer Rede in Wisconsin am 1. 10. 2008 dafür ausgesprochen, dass *„die Rechnung von der Wallstreet und nicht den Steuerzahlern bezahlt wird.“* Inzwischen sprechen sich auch Mitglieder des US-Repräsentantenhauses für die Einführung einer FTT aus.

In Europa sind neben Sarkozy und Merkel, auch EU-Kommissionspräsident Barroso und der Chef der Britischen Bankenaufsicht auf den Zug aufgesprungen. Österreich und Belgien treten schon länger für die Tobin-Steuer ein.

Diese Entwicklung bietet für die Zivilgesellschaft eine hervorragende Gelegenheit, Druck für die Umsetzung dieser Idee auszuüben. Schließlich tritt sie bereits seit langem für die Besteuerung von Devisentransaktionen in verschiedenen Varianten ein (*Tobin Steuer, Spahn-Steuer, Solidaritätsabgabe für Entwicklung*).

Die Kosten der Rettungspakete und Konjunkturprogramme belaufen sich global auf ca. 3,5 Billionen US-Dollar. Sie haben zu einem dramatischen Anstieg der öffentlichen Verschuldung geführt. In den USA wird die Nettoverschuldung von 42,3% des Bruttoinlandsprodukts in 2007 auf 84,9% in 2014 ansteigen. In Großbritannien wird sie sich fast verdreifachen und in der Eurozone von 56,2% auf 83,7% steigen. Dadurch entsteht über Jahre ein gewaltiger Druck auf die öffentlichen Haushalte. Die Regierungen werden versuchen, durch Kürzungen bei Sozialausgaben, Umwelt oder der Finanzierung anderer öffentlicher Güter, die Bürger für die Kosten des Crashes aufkommen zu lassen.

Mit der FTT würde der Zuwachs der Schulden dagegen in voller Höhe von den Verursachern der Krise bezahlt werden.

FTT ist nicht gleich Tobinsteuer

In der aktuellen Diskussion wird die FTT oft mit der Tobinsteuer verwechselt. Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied: während die Tobinsteuer auf die Besteuerung von Devisentransaktionen abzielt, also auf den Umtausch von einer Währung in eine andere, hat die FTT eine andere Steuerbasis. Sie würde den Handel mit allen Arten von Finanzvermögen besteuern: Aktien und alle Wertpapiere wie Anleihen, Schatzbriefe, Zertifikate, Derivate etc. Optimal wäre eine Besteuerung des Handels mit all diesen Vermögensarten. Realistischerweise wird anfangs wohl nur die Besteuerung von einer oder zwei Kategorien durchsetzbar sein.

Da sich die FTT auf den Handel mit Finanzvermögen beschränkt, sind andere Transfers wie der alltägliche Zahlungsverkehr und das Kreditwesen nicht betroffen. Das gilt auch für den Interbankenverkehr, Zentralbankgeschäfte und Auslandsüberweisungen von Arbeitsemigranten.

Einführung in einem Land ist möglich

Die meisten Politiker, die sich gegenwärtig für eine FTT aussprechen, behaupten, dass diese Steuer nur funktioniert, wenn sie international eingeführt würde. Das ist falsch, wie die Existenz von solchen Steuern in verschiedenen Ländern beweist. Auch Deutschland hatte seit 1948 eine Börsenumsatzsteuer, die im Zuge des neoliberalen Umbaus 1991 aber abgeschafft wurde.

Heute ist das prominenteste Beispiel die britische *Stamp Duty* („Stempelsteuer“). Damit wird der Kauf von Aktien britischer Unternehmen mit dem relativ hohen Steuersatz von 0,5% auf den Nennwert besteuert. Das bedeutet, dass auch ausländische Käufer von Aktien diese Steuer bezahlen müssen. Wird die Aktie zu Bargeld oder in Papiere konvertiert, mit denen die Steuer umgangen werden soll, wird eine „Exit-Steuer“ in Höhe von 1,5% erhoben.

Die Einnahmen aus der *Stamp Duty* beliefen sich 2006 auf ca. 5 Mrd. Euro. Die Steuer führte weder zu Steuerflucht noch zu einer Schwächung des Finanzstandorts London.

Denn die großen Finanzmärkte profitierten sehr von sog. Netzwerkexternalitäten, d.h. wichtige Partner in der Nähe, gute Infrastruktur etc. Solange der Steuersatz nicht die Kosten für eine Standortverlagerung übersteigt, bezahlt die Finanzindustrie lieber die Steuer als den Standort zu verlegen.

Finanztransaktionssteuern gibt es in Österreich, Spanien, der Schweiz, Zypern, Griechenland, Luxemburg, Polen, Portugal, Hongkong, China, Taiwan und Singapur. Selbst der US-Staat New York erhebt eine Art *Stamp Duty* an der Wall Street (*New York Stock Exchange* und *NASDAQ*) für alle im Bundesstaat angesiedelten Finanzunternehmen, wenngleich mit dem sehr niedrigen Steuersatz von 0,003%.

Technische Machbarkeit

Die Erhebung der Steuer ist technisch sehr einfach und kostengünstig machbar, denn alle Börsentransaktionen werden auf elektronischen Plattformen registriert. Eine einfache elektronische Kennzeichnung könnte die Steuereinnahmen automatisch zum Finanzamt weiterleiten. Eine Hinterziehung oder Umgehung ist unwahrscheinlich, da die Umgehung der Plattformen teurer kommt als die Steuer.

Regulierung oder Einnahmen – kein Widerspruch

Bei einem entsprechenden Steuersatz hätte die FTT, wie die Tobinsteuer, regulatorische Wirkung. Sie würde zu einer Reduktion der Spekulation und

überschüssiger Liquidität beitragen. Dies würde die Stabilität des Finanzsystems erhöhen. Außerdem wäre das Steueraufkommen bei entsprechendem Steuersatz beträchtlich. Beide Effekte sind erwünscht und sollten nicht als Gegensatz betrachtet werden.

Steuersatz und Einnahmen

Der Steuersatz sollte zumindest so hoch sein, wie die britische *Stamp Duty*, also 0,5%. In einem Szenario, bei dem sich das Handelsvolumen als Effekt der Steuer mäßig reduziert, würde ein Steuersatz von nur 0,1% zu einem Ertrag von 734,8 Mrd. US-Dollar weltweit führen. In Europa wären es 321,3 Milliarden und in Nordamerika 313,6. Selbst der gigantische Anstieg des US-Haushaltsdefizits könnte damit binnen acht Jahren komplett aus der FTT bezahlt werden. In Europa in noch kürzerer Zeit.

Wozu werden die Einnahmen genutzt?

Da die Steuer für die Märkte von Finanzvermögen gilt und diese hoch konzentriert sind, wird der Großteil der Steuereinnahmen zunächst jenen Ländern zugute kommen, in denen sich diese Märkte befinden, d.h. vor allem USA, Großbritannien, Japan, Schweiz, Deutschland, Frankreich, Singapur.

Diese Länder können die Einnahmen zur Tilgung ihrer krisenbedingten Schulden nutzen. Allerdings sollten diese wenigen Länder nicht die einzigen sein, die von der FTT profitieren. Die Wertpapiermärkte haben auf der ganzen Welt Schaden angerichtet. Deshalb ist es absolut legitim, dass ein Drittel der Einnahmen an einen internationalen Fonds unter UN-Verwaltung fließt. Die Hälfte davon sollte wiederum an Länder gehen, die Rettungs- und Konjunkturpakete schnüren mussten, aber über keine oder wenig ertragreiche Wertpapiermärkte verfügen. Die andere Hälfte sollte zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter genutzt werden, in erster Linie zur Bekämpfung des Klimawandels, des Hungers und der Armut in Entwicklungsländern.

Literatur: Schulmeister, Stephan Schratzenstaller, Margit Picek, Oliver (2008): *A General Financial Transaction Tax Motives, Revenues, Feasibility and Effects*. Wien.

Kontakt: WEED, Eldenaer Straße 60, 10247 Berlin
Tel 030-2758 2163, Fax 030-2759 6928
Peter Wahl peter.wahl@weed-online.org